

Published on H-Soz-u-Kult (July, 2013)

âhalber Hegemonâ sei.

HUBERT ZIMMERMANN (Marburg) konstatierte in seinem Referat *Über die deutsche Frage und das Trilemma der europäischen Integration*, dass sich von den drei Zielen der europäischen Integration â Erweiterung, Vertiefung und Demokratie â stets nur zwei gleichzeitig, zuungunsten des jeweils dritten, erreichen lieâen. Unter dem nur kurzfristigen Kriterium der Konvergenz zum Beitrittszeitpunkt sei der Weg in den Euro schon mit dem EU-Beitritt vorprogrammiert, was unvermeidbar zu einer Erweiterung der Eurozone und damit zu einem immer heterogeneren und dysfunktional groâen Wâhungsraum fâhre (Erweiterungsfalle). Zudem unterliegen die auf grundsâtzlich unterschiedlichen volkswirtschaftlichen Strukturen basierenden Mitgliedsânder der Eurozone einem fortwâhrenden Sog der Anpassung ihrer Lohn-, Geld-, Haushalts- und Wirtschaftspolitik. Die vergleichende Kapitalismusforschung habe jedoch gezeigt, dass sich die Strukturen unterschiedlicher Volkswirtschaften nur âber lange Zeitrâume angleichen lassen (Konvergenzfalle). Durch die autoritative und expansive Interpretation europâischen Rechts im Zuge der Vertiefung der europäischen Integration ohne demokratische Râckkopplung im Europaparlament und in den nationalen Parlamenten ergebe sich gleichzeitig ein Demokratieverlust (Demokratiefalle). Daraus lieâen sich nach Zimmermann drei politische Optionen zur Auflâsung dieser Fallen ableiten: Beschreite man den gegenwârtigen Weg der Erweiterung und Vertiefung zur Lâsung der europäischen Schuldenkrise weiter (Methode Monnet), wârde die demokratische Selbstbestimmung der Mitgliedsânder zwangslâufig weiter unterminiert. Deutschland setze dabei die Regeln und fordere von den Mitgliedsândern der Eurozone Anpassungsleistungen, wodurch sich die Frage einer deutschen Hegemonie in Europa stelle. Ein Weg zur Entschârfung der deutschen Frage bestânde hingegen in der Durchbrechung der Erweiterungsfalle durch die Konzentration auf die Ziele der Vertiefung und der demokratischen Selbstbestimmung nach Maâgabe der Kerneuropa-Vorstellung. Das Durchbrechen des Vertiefungsziels wâre ebenfalls zur Vermeidung des deutschen Hegemonieproblems in Europa geeignet. Dies wârde voraussetzen, sich auf die Ziele Demokratie und Erweiterung zu beschrânken.

Mit dem Vortrag von RÂMI LALLEMENT (Paris) *Über die deutsche Frage aus franzâsischer Sicht 2008-2012* ging die Tagung dazu âber, den Fokus auf die gegenwârtige Wahrnehmung Deutschlands in europäischen Nachbarândern zu legen. Zunâchst

sprach Lallement âber die bisherige Politik zur Bewâltigung der europäischen Schuldenkrise und charakterisierte diese als vorwiegend von Deutschland bestimmte Austeritâtspolitik. Die deutschen Strukturreformen der Agenda 2010 zur Râckerlangung der Wettbewerbsfâhigkeit hâtten in Europa zu Recht Vorbildfunktion. Allerdings mehrten sich vor dem Hintergrund der Verfestigung der Rezession die Stimmen, dass eine in fast allen Euro-Lândern gleichzeitig forcierte Fiskalkonsolidierung in die Sackgasse fâhre. Denn die gegenwârtige Staatsverschuldung sei eher Folge als Ursache der Krise und die negativen konjunkturellen Auswirkungen der Sparpolitik seien allorts zu spâren. Die franzâsische Politik plâdiere daher fâr einen Kurswechsel der deutschen Fiskal- und Wirtschaftspolitik in Deutschland und in Europa. Zur Lâsung der Krise sei ein expansiver und langfristig orientierter Ansatz zur Konjunkturbelebung vonnâten.

FRANK LORENZ MÂLLER (St. Andrews) wandte sich anschlieâend der britischen Sichtweise auf Deutschland zu. Er konstatierte einen bemerkenswerten Wandel des Deutschlandbildes auf der Insel: Wâhrend die Wahrnehmung Deutschlands in Groâbritannien immer stark vom Nationalsozialismus und somit traditionell von Skepsis gegenâber einem starken Deutschland in der Mitte des Kontinents geprâgt gewesen sei â Mâller verwies auf Margaret Thatchers Haltung zur deutschen Wiedervereinigung â, habe sich dies in den letzten fânf bis zehn Jahren verândert. Der Bezug auf den Nationalsozialismus wârde im Zuge der Historisierung des Zweiten Weltkriegs zunehmend schwâcher und Deutschland sei momentan so beliebt wie niemals zuvor. In der gegenwârtigen europäischen Schuldenkrise âuâere sich dies in einer weitgehend positiven und respektvollen Berichterstattung âber die deutsche Rettungspolitik. Deutschland habe durchaus Vorbildcharakter, weil es dazu imstande sei, eine solide Fiskalpolitik mit dem Prinzip der wirtschaftlichen Freiheit zu verbinden. In Bezug auf das gegenwârtige Verhâltnis Groâbritanniens zur EU verwies Mâller auf die Rede von Premierminister David Cameron Anfang 2013 und die aus seiner Sicht durchaus konstruktiven Vorschlâge des britischen Projekts âEU â Fresh Startâ. Obwohl den Briten jede idealisierende âberhâhung der europäischen Einigung fremd sei, was die britischen und deutschen Europavorstellungen trenne, erkannte Mâller abschlieâend beachtenswerte Gemeinsamkeiten der Europapolitik zwischen den beiden Lândern etwa im Hinblick auf die Einstellung zum Freihandel und zum Binnenmarkt. Aus dieser Beobachtung ergebe

sich die Möglichkeit, die gegenwärtige Krise zu nutzen, um die Zukunft Europas auf Grundlage der deutsch-britischen Gemeinsamkeiten im Sinne eines „moderat-europafreundlichen Modells“ zu gestalten.

Abschließend berichtete IRENEUSZ PAWEŁ KAROLEWSKI (Breslau) über die deutsche Frage aus polnischer Sicht. Er verwies dabei zunächst auf das Bestehen unterschiedlicher Wahrnehmungen Deutschlands und Europas in Regierung, Opposition und Bevölkerung. Die gegenwärtige polnische Regierung unter Ministerpräsident Donald Tusk sehe die aktuelle Rolle Deutschlands in Europa sehr positiv. Dies habe nicht zuletzt die Rede des polnischen Außenministers Radosław Sikorski in Berlin im Jahr 2011 ausgedrückt, in der dieser sich eine starke deutsche Führungsrolle in Europa wünsche und sagte: „Deutsche Macht fördert ich heute weniger als deutsche Untertanigkeit“. Im Jahr 2010, so fuhr Karolewski fort, hatte die polnische Regierung bereits die Reaktivierung des „Weimarer Dreiecks“ bestehend aus Deutschland, Frankreich und Polen angestrebt, was aber an Frankreich gescheitert sei. Insgesamt sei man seitdem in der polnischen Regierung trotz starker kultureller und historischer Verbindungen zu Frankreich gegenüber der französischen Europapolitik skeptischer eingestellt und vertraue mehr auf den deutschen Nachbarn. Aus der Sicht Karolewskis fehle es dem polnischen Außenministerium aber an genügend deutschlandpolitischer Kompetenz, um gemeinsame europäische Initiativen mit Deutschland zu starten. Während die polnische Bevölkerung mehrheitlich den proeuropäischen Kurs der Regierung teile, verhalte sich die politische Opposition hingegen sehr heterogen. Kreise um den grundsätzlich deutschlandkritischen Politiker Jarosław Kaczyński seien für die deutsche Europapolitik und proklamierten eine „Euromark“ ohne Südeuropa. Auf der anderen Seite spekuliere der politisch ambitionierte Wirtschaftsprofessor Krzysztof Rybiński mit dem Fonds „Eurogeddon“ gegen den Euro und profilieren sich damit in der Öffentlichkeit. Die Mehrheit der Polen sei grundsätzlich aber für eine weitere Integration in Europa, so Karolewski. Allerdings gebe es derzeit in Regierung und Bevölkerung keinerlei Be-

strebungen, dem Euro beizutreten. Vielmehr gehe man im Land allgemein davon aus, dass die Rettungsversuche aus ESM und Bankenunion ihre Wirkung nicht entfalten werden und es zu einer Nord-Süd-Spaltung in Europa kommen werde. Zum Abschluss konstatierte Karolewski, dass das Demokratiedefizit der EU in Polen nicht als so gravierend eingestuft würde wie in Deutschland. Das polnische Parlament habe bisher wenig Interesse gezeigt, an Brüsseler Entscheidungen mitzuwirken, wie es vor allem seit dem Vertrag von Lissabon möglich wäre. Man verstehe die EU vielmehr als Output-Demokratie, deren Legitimation in der Schaffung von Wohlstand und Frieden bestehe, was jedoch in der gegenwärtigen Krise in Frage gestellt würde.

Die Tagung hat gezeigt, dass die geschichtswissenschaftliche Thematik der deutschen Frage in Europa in der aktuellen europäischen Schuldenkrise durchaus wieder eine Rolle spielt. Allerdings wird sie sowohl in der Wissenschaft hierzulande als auch in europäischen Nachbarländern unterschiedlich wahrgenommen und bewertet. Dabei sind die Wahrnehmung Deutschlands und die Erwartung an Deutschlands Rolle in Europa eng mit der jeweiligen eigenen Europavorstellung verknüpft. Der Aktualität der Ereignisse ist es geschuldet, dass eine abschließende Bewertung der Rolle Deutschlands in der europäischen Schuldenkrise künftigen Historikergenerationen zu überlassen ist.

Konferenzübersicht:

Michael Gehler (Hildesheim): Die Außen- und Europapolitik der Bundesregierung 2008-2012

Hubert Zimmermann (Marburg): Die deutsche Frage und das Trilemma der europäischen Integration

R mi Lallement (Paris): Die deutsche Frage aus französischer Sicht 2008-2012

Frank Lorenz M ller (St. Andrews): Die deutsche Frage aus britischer Sicht

Ireneusz Paweł Karolewski (Breslau): Die deutsche Frage aus polnischer Sicht

If there is additional discussion of this review, you may access it through the network, at:

<http://hsozkult.geschichte.hu-berlin.de/>

Citation: Benjamin Behschnitt. Review of , *Die deutsche Frage in der europäischen Schuldenkrise*. H-Soz-u-Kult, H-Net Reviews. July, 2013.

URL: <http://www.h-net.org/reviews/showrev.php?id=39697>

Copyright © 2013 by H-Net, Clio-online, and the author, all rights reserved. This work may be copied and redistributed for non-commercial, educational purposes, if permission is granted by the author and usage right holders. For permission please contact H-SOZ-U-KULT@H-NET.MSU.EDU.